

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruhe

Geschichte der Stadt und ihrer Verwaltung

1830 - 1852

Weech, Friedrich

Karlsruhe, 1898

Stadtbaupläne

[urn:nbn:de:bsz:31-17279](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-17279)

— wenn auch nicht ohne Hinweis auf die Schwierigkeit der Stellung in schwieriger Zeit und nur für so lange, bis der kritische Zeitpunkt, in dem sich die Stadt insbesondere hinsichtlich ihrer Finanzlage befinde, an ihr vorübergegangen sein werde — zur Annahme der Wahl, unter Verzicht auf jede Besoldung, bereit, weil er von dem Grundsatz ausgehe, daß gerade in solchen Momenten es für jeden eine ernste Pflicht sei, das Seinige zum allgemeinen Besten beizutragen. Die Regierung beeilte sich, den auch ihr willkommenen Mann zu bestätigen und zu verpflichten.

Die „Oberrheinische Zeitung“ sprach die Ansicht aus, durch Klojes Wahl habe die Selbständigkeit der Gemeinde einen großen Fortschritt gemacht. „Der Gewählte, früher auch Mitglied der Kammer, ist gewohnt, nach festen Grundsätzen zu handeln und einer freieren Verwaltung durch die Korporationen — der Gemeinde entgegenzukommen. Ohnehin ist er ein Freund der Öffentlichkeit, und so darf sich die Stadt Karlsruhe wohl Glück wünschen, daß er aus der Wahlurne hervorging.“

So dachte wohl auch der größte Teil der Bürgerschaft. Denn deren beste Kreise versammelten sich in dem festlich geschmückten Saale des Bürgervereines am 6. Juni um den neugewählten Oberbürgermeister, um ihrer Freude über seine Wahl Ausdruck zu geben. Bei dem Festmahle wurden Trinksprüche auf den Großherzog, auf Kloje und — durch den allgemein geachteten und beliebten Stadtdirektor Stoeffler — auf die Einwohner der Stadt ausgebracht, die den Wahlspruch Fidelitas nicht nur im Wappen, sondern auch im Herzen führe. Der Gefeierte des Tages hob in der Antwort auf das ihm gewidmete Hoch hervor, worin die Grundlagen eines ächten und tüchtigen Bürgerthumes bestehen müssen, wenn den Anforderungen der Zeit ein Genüge geschehen soll.

Der Aufschwung, den unter dem neuen Oberhaupte der Stadt das Gemeindeleben nehmen sollte, zeigte sich schon in der nächsten Zeit in den Sitzungen des großen Ausschusses, die öffentlich waren, d. h. denen jedermann auf der Tribüne des großen Rathhaussaales beiwohnen konnte.

Stadtbaupläne.

Die im Jahre 1846 ausgearbeiteten Pläne für eine Stadterweiterung waren inzwischen Gegenstand mehrfacher Beratungen ge-

wesen, die jedoch zu keinem Ergebnis geführt hatten, da sich die Mehrheit des Gemeinderates nicht zu einem Botum entschließen konnte, welches den ganz in den Anschauungen der alten Zeit lebenden Gemeindevertretern als ein unerhörtes und geradezu leichtfertiges Wagnis erschien. Eine Minderheit im Gemeinderat hatte gegen diese ultrakonservativen Tendenzen ein Separatvotum abgegeben, und nun schien die Zeit herangekommen zu sein, den in diesem Separatvotum niedergelegten Anträgen gerecht zu werden. Denn inzwischen war durch die Neuwahlen die bisherige Minderheit zur Mehrheit geworden, die ihre Wünsche durchzusetzen vermochte.

In der Sitzung des großen Ausschusses vom 28. Juni 1847 war die Stadtbaufrage zwar auf der Tagesordnung gestanden, aber wegen der großen Zahl der übrigen Verhandlungsgegenstände nicht mehr zur Erörterung gekommen, sondern auf die nächste Sitzung vertagt worden, die auf den 5. Juli anberaumt war. Die Bedeutung, die man den bevorstehenden Beratungen beimaß, zeigte sich schon äußerlich durch die Zuziehung zweier Stenographen, welche zu beiden Seiten des Vorstandstisches Platz nahmen, dem Gange der Verhandlungen eifrig folgten und die dabei gehaltenen Reden mit eilender Feder niederschrieben.

Nach einer einleitenden Rede des Oberbürgermeisters trat die Versammlung in eine sehr lebhaft geführte Beratung, die sich durchaus in parlamentarischen Formen entwickelte und in der sich insbesondere das Streben nach freierer Bewegung kundgab. Es wurden drei Fragen formuliert:

1. ob eine Vergrößerung der Stadt sowohl innerhalb der bisherigen Stadtgrenze als außerhalb derselben überhaupt wünschenswert sei in der Art, daß der Außenbau, unter Beseitigung der bisherigen Beschränkungen, seiner Zeit ein harmonisches Ganze mit der Stadt selbst bilde, 2. ob die zum Bauen bestimmten Distrikte außerhalb der Stadt — es handelte sich dabei vorzugsweise um den Teil der Karlsruher Gemarkung südlich vom Bahnhof bis zum Augarten und gegenüber der Lindenstraße bis zum Mühlburgerthor — gleichzeitig in Angriff genommen werden dürfen und ob hiebei von einer Einfriedigung Umgang genommen und dieser Stadtteil als Vorstadt zu behandeln sei.

Diese beiden Fragen wurden durch Erheben von den Sitzen mit großer Mehrheit bejaht. Die dritte Frage, welche die Einteilung des Bauerrains in Quadrate zum Gegenstand hatte, wurde zunächst

weiterer Prüfung durch den Gemeinderat und den kleinen Ausschuß unter Zuziehung von Mitgliedern des großen Ausschusses anheimgestellt.

Das Ergebnis dieser Prüfung wurde dem großen Ausschuß in der Sitzung vom 12. August mitgeteilt. Es war in folgende sechs Anträge zusammengefaßt:

1. im südwestlichen Stadtteil die Bauerlaubnis an die Bedingung zu knüpfen, daß unter Beibehaltung des bisherigen Stadtschlusses fortgebaut werde und daß über eine anderweitige Stadteinfriedigung dann erst entschieden werden möge, wenn die noch in weiter Ferne stehende Notwendigkeit hierzu erst eingetreten sein wird, 2. daß die Verlängerung der Schlachthaus- wie jene der Hirschstraße gegen die Kriegsstraße hin verlangt werde, 3. das Gelände südlich zwischen der Kriegsstraße und der Kehler'schen Fabrik soll als Vorstadt überbaut werden dürfen und daselbst die Karl- und die Ritterstraße fortgesetzt werden, letztere in einer gebrochenen Linie parallel mit der Karlstraße, 4. ebenso soll das erste Gewann vom Bahnhof südlich, als Vorstadt behandelt, überbaut werden dürfen und von zwei von Norden nach Süden laufenden parallelen Straßen durchschnitten werden; die von Westen nach Osten ziehende Straße, deren eine Seite die Maschinenhäuser bilden, muß in gerader Linie gezogen werden, 5. wird das zweite Gewann in Angriff genommen, so sind die von Norden nach Süden laufenden Straßen in gerader Linie fortzusetzen, um der schon bestehenden Querstraße, welche das erste Gewann von dem zweiten scheidet, die nötige Breite zu geben, 6. endlich für die sämtlichen Baudistrikte die Bauerlaubnis seitens der Gemeinde an nachfolgende Bedingungen zu knüpfen: alles in die Straße fallende Terrain haben die betreffenden Grundbesitzer unentgeltlich liegen zu lassen und es kann dafür keinerlei Entschädigung von der Stadtkasse verlangt werden; die Bauunternehmer entsagen allen Ansprüchen auf Herstellung von Straßen und Pflaster, Beleuchtung und Dohlenbauten und wie dieselben nur immer heißen mögen, denn namentlich in der gegenwärtigen städtischen Finanzlage ist es rein unmöglich, denselben irgendwie behilflich sein zu können; würde aber diese Lage der Dinge sich ändern und erst zwei Drittel einer neuen Straße ausgebaut sein, so haben die städtischen Kollegien weitere geeignete Maßnahmen zu bestimmen; es ist sonach unter Mitwirkung der städtischen Behörden der Versuch zu machen, ob unter solchen Bedingungen die Besitzer der Grundstücke der einzelnen Baubezirke dahin zu vereinbaren sind, die betreffenden Gelände als Bauplatz erklären zu können.

Alle diese Anträge, der erste mit dem Zusatz:

„die betreffenden Grundbesitzer sollen gefragt werden, ob sie eine Einfriedigung auf ihre Kosten wünschen und welche?“
wurden nahezu einstimmig angenommen.

In der gleichen Sitzung wurde ein Bürgerannahmegeßuch, bei dem es sich um einen hessischen Wagnergeßellen handelte, der die Witwe eines Karlsruher Bürgers und Wagnermeisters heiraten wollte,

verbeschieden. Über diese Angelegenheit wurde sehr eingehend verhandelt, wobei die Vertreter des Zunftzwanges und Gegner jeder möglicherweise eintretenden Erhöhung der Konkurrenz mit den Anhängern einer freieren und humaneren Auffassung scharf aneinander gerieten. Insbesondere waren es Gemeinderat Koelle und Oberbürgermeister Klose, die für den Petenten eintraten und schließlich auch die große Mehrheit des Ausschusses zur Annahme des vom Gemeinderat abgelehnten, dagegen vom kleinen Ausschuß befürworteten Gesuches bewogen.

Schließlich wurden an Stelle der zurückgetretenen Gemeinderäte Bauz und Schweig der Strickermeister Nagel und der Seifensiedermeister Kiefer gewählt.

Wenige Tage nach dieser ergebnisreichen Sitzung des großen Ausschusses verbreitete sich in Karlsruhe das Gerücht, daß Oberbürgermeister Klose sein Amt wieder niederlegen wolle, und nur zu bald traten im Gemeinderat neue Spaltungen auf, welche diesen Entschluß des trefflichen Mannes zur Reife brachten.

Weitere Veränderungen im Gemeinderat.

Am 2. September erklärten die Gemeinderäte Nägele, Wagner, Koelle und Knittel, daß sie sich gedrungen fühlten, aus dem Gemeinderate auszuscheiden, und begründeten diese Erklärung im Wesentlichen damit, daß in dieser Stadtbehörde das gegenseitige Vertrauen, welches allein die Bürgerschaft für ein jegsreiches Wirken biete, erschüttert sei. Sie seien zu der Überzeugung gekommen, daß eine Totalerneuerung des Gemeinderates erstrebt werde und daß ihre Richtung, „als Freunde eines gemäßigten Fortschrittes innerhalb der Grenzen des Gesetzes und als Gegner einer zerstörenden Parteiucht“, von den Tendenzen anderer Mitglieder des Gemeinderates allzu sehr abweiche. Diese Erklärung wurde gleichzeitig in der Karlsruher Zeitung veröffentlicht. Sie rief alsbald eine Gegenerklärung des Bürgermeisters Helme und der Gemeinderäte Frey, Dürr, Manning, Kiesele, Nagel, Kiefer und Malisch (welche Malisch verfaßt hatte) hervor, in welcher diese mit Entschiedenheit und Entrüstung die wenigstens indirekt gegen sie ausgesprochenen Anschuldigungen zurückwiesen. Darauf folgte eine zweite Erklärung von Nägele, Koelle und Knittel, in welcher diese